

SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Gustav-Heinemann-Schule, Holthausstraße 15, 58332 Schwelm		
Datum 27.08.2015	Beginn 17:00 Uhr	Ende 21:14 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Bosselmann, Ralf
Hortolani, Frauke Dr.
Kaufmann, Michaela Dr.
Kick, Hans-Werner
Philipp, Gerd E.
Philipp, Sylvia Dr.

ab 17:05 Uhr (TOP A 2) bis 19:00
Uhr (TOP A 20)

Schier, Klaus Peter
Tempel, Gabriele
Wapenhans, Detlef
Flüshöh, Oliver
Happe, Andreas
Heinemann, Manfred
Kampschulte, Matthias
Lenz, Heinz-Jürgen
Lusebrink, Hans-Otto
Müller, Michael
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Sartor, Christiane
Thier, Heinz Georg
Zeilert, Hans-Jürgen
Beckmann, Philipp J.

ab 17:21 Uhr (TOP A 8) bis 20:20
Uhr (TOP B 1)

Schwunk, Michael
Stark, Wolfgang
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Weidenfeld, Uwe
Bockelmann, Christian Dr.
Garn, Elke
Feldmann, Jürgen
Lubitz, Eleonore
Burbulla, Johanna
Huppelsberg, Wulf

ab 17:10 Uhr (TOP A 7)
bis 21:45 Uhr (TOP B 1)

bis 21:45 Uhr (TOP B 1)

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR

Flocke, Markus

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Eibert, Peter
Guthier, Wilfried
Heringhaus, Petra
Klos, Karlheinz
Mollenkott, Marion
Riemann, Anja
Rudolph, Heike
Rüth, Christian
Schildt, Randolf
Schweinsberg, Ralf
Striebeck, Thomas
Weidner, Gabriele

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Christoforidou, Elissavet
Kirschner, Thorsten
Mayer, Sascha Dr.
Kranz, Jürgen
Pfeffer, Jörg
Stutzenberger, Olaf

A Öffentliche Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Niederschriften der letzten Ratssitzungen vom 23.04.2015 und 30.06.2015
- 4 Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 6 Abberufung und Bestellung von Schriftführern für den Rat 157/2015
- 7 Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse zu Schwelm für das Geschäftsjahr 2014 151/2015
- 8 Verwendung des Jahresüberschusses der Städt. Sparkasse zu Schwelm aus dem Geschäftsjahr 2014 152/2015
- 9 Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Stadt Schwelm 150/2015
- 10 Bebauungsplan Nr. 101 "Markgrafenstraße/Kaiserstraße" 145/2015
 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB
 2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB
 3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB
- 11 Mountainbikestrecke / Pumptrack
- 11.1 Mountainbikestrecke / Pumptrack in Schwelm Linderhausen 120/2015
Antrag der Fraktion "Die Bürger" vom 24.04.2015
- 11.2 Mountainbikestrecke / Pumptrack in Schwelm Linderhausen 121/2015
Antrag der Fraktion "Die Grünen" vom 21.05.2015
- 12 Neufassung der Gestaltungssatzung für den Altstadtbereich 264/2014/5
 1. Abwägung und Beschlussfassung über die Anregungen aus dem Bürgergespräch
 2. Beschluss zur erneuten Beteiligung der Bürger

13	Privatisierung des Wochenmarktes; Erfahrungsbericht; Verlängerung des Durchführungsvertrages	140/2015
14	Änderung des Gesellschaftervertrages der rku.it GmbH	143/2015
15	Trägerwechsel KiTas/OGS	160/2015/1
16	Genehmigung der Fortschreibung 2015 des Haushaltssanierungsplans	171/2015
17	Elektronische Fassung Haushalt 2015 - ergänzende Unterlagen -	142/2015
18	Haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 24 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW)	188/2015
19	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Produkt 12.01.01 „Gemeindestraßen, -wege, -plätze“ in Höhe von 75.000 € für den Neubau der Treppenanlage zwischen Theodor-Heuss-Str. und Oberloh	190/2015
20	Einbringung der Haushaltssatzung sowie des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016	169/2015
21	Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2015 auf Ausübung des Rückholrechtes nach § 41 Abs. 3 GO hinsichtlich des Pachtvertrages Gastronomie Haus Martfeld	192/2015
22	Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 5.03.2015 - "Das städtische Museum und das Stadtarchiv führen im Jahr 2015 Ausstellungen sowie Veröffentlichungen zum Kriegsende in Schwelm und die sogenannte Stunde null durch"	115/2015
23	Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch die/den Vorsitzende/n

Bürgermeister Stobbe eröffnet die Sitzung des Rates und begrüßt alle Anwesenden.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung und Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung schlägt er nachstehende Änderungen bzw. Ergänzungen vor:

Zur Tagesordnung:

- die **TOP** ursprünglich **A 13 + 14 – VL 151/2015 + 152/2015**
 - Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse zu Schwelm für das Geschäftsjahr 2014 und
 - Verwendung des Jahresüberschusses der Städt. Sparkasse zu Schwelm aus dem Geschäftsjahr 2014

werden vorgezogen auf A 7 und A 8

Hinzukommende Vorlagen / TOP:

- neu **VL 188/2015 – neu TOP A 18**
 - Haushaltswirtschaftliche Sperre gem. § 24 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)

- neu **VL 190/2015 – neu TOP A 19**
 - Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Produkt 12.01.01 „Gemeindestraßen, -wege, -plätze“ in Höhe von 75.000 € für den Neubau der Treppenanlage zwischen Theodor-Heuss-Str. und Oberloh

- neu **VL 192/2015 – neu TOP A 21**
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2015 auf Ausübung des Rückholrechtes nach § 41 Abs. 3 GO hinsichtlich des Pachtvertrages Gastronomie Haus Martfeld

Die Vorlagen liegen auf den Tischen aus. Die Reihenfolge der TOP ändert sich entsprechend.

Auf Nachfrage des Herrn Schwunk, unter welchem Tagesordnungspunkt die Einbringung des Haushaltes erfolge, teilt der Bürgermeister mit, dass dies unter dem neuen TOP A 20 geschehe.

Anschließend fordert er zur Abstimmung über die vorgeschlagenen Änderungen / Ergänzungen der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

3 **Genehmigung der Niederschriften der letzten Ratssitzungen vom 23.04.2015 und 30.06.2015**

Auf Nachfrage des Herrn Stobbe werden keine Einzelabstimmungen gefordert.

Die Niederschriften vom 23.04.2015 und 30.06.2015 werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	2

4 **Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung**

keine

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Stobbe informiert, dass gegen Mittag der Bauantrag zu Neumarkt 1 bezogen auf den Neubau des Brauereigeländes bei der Verwaltung eingegangen sei. Für die Bereiche „historischer Teil“ und „Verwaltungsgebäude“ werde dieser voraussichtlich in 14 Tagen gestellt.

Dem Antrag seien drei Bilder beigefügt, die einen Eindruck über die anschließende Situation geben.

Herr Lenz erkundigt sich, ob der Antrag irgendwelche Neuigkeiten in sich berge. Dies verneint Herr Guthier.

6 **Abberufung und Bestellung von Schriftführern für den Rat** 157/2015

Beschluss:

Frau Pia Schäfer wird als Schriftführerin für den Rat abberufen und Frau Anja Riemann wird zur Schriftführerin für den Rat bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

7 **Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse zu Schwelm für das Geschäftsjahr 2014** 151/2015

b) in Höhe von 328.489,24 EUR in die Sicherheitsrücklage der Städt. Sparkasse eingestellt.

In die freie Rücklage bzw. in den Gewinnvortrag werden keine Beträge eingestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

Herr Kick war während der Abstimmung nicht anwesend.

9 Feststellung des Jahresabschlusses 2013 der Stadt Schwelm 150/2015

Beschluss:

1. Der Rat stellt den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss 2013 nebst Anhang und Lagebericht der Stadt Schwelm mit einer Bilanzsumme in Höhe von 193.971.842,56 € und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.117.373,17 € gem. § 96 Abs. 1 GO NRW fest.
2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.117.373,17 € wird durch die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage gedeckt.
3. Dem Bürgermeister wird für den Jahresabschluss 2013 die Entlastung erteilt, wobei diese bezüglich der Bewertung des Infrastrukturvermögens eingeschränkt ist.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

10 Bebauungsplan Nr. 101 "Markgrafenstraße/Kaiserstraße" 145/2015
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13 a BauGB
2. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB
3. Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB

Herr Feldmann erläutert, dass die Fraktion DIE LINKE. der Vorlage nicht zustimmen werde. Sie sei der Auffassung, dass Gelder aus dem Verkauf öffentlicher Liegenschaften auch wieder in öffentliche Werte reinvestiert werden sollten.

Beschluss:

1. Gemäß § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 101 „Markgrafenstraße/Kaiserstraße“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung gem. § 2 (5) BauGB, vom Umweltbericht gem. § 21 BauGB, der Angabe gem. § 3 (2) Satz 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gem. § 10 (4) BauGB wird abgesehen; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke der Gemarkung Schwelm, Flur 20, Flurstücke 311-317, 393, 405, 412, 413, 577. Den genauen Geltungsbereich setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs. 7) BauGB.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Vorentwurfs (Darlegungskonzept) die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Zu beteiligen sind folgende Behörden:

- AVU Gevelsberg
- AGU Schwelm
- Straßen NRW
- BR Arnsberg Dez 54 (Umweltverwaltung)
- Kreispolizeibehörde EN-Kreis
- Untere Landschaftsbehörde EN-Kreis (Wasser-, Abfall- und Landschaftsbehörde)
- Geologischer Dienst NRW

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	25
	dagegen:	4
	Enthaltungen:	3

Herr Flüshöh war bei der Abstimmung nicht anwesend.

11 Mountainbikestrecke / Pumptrack

11.1 Mountainbikestrecke / Pumptrack in Schwelm 120/2015 Linderhausen Antrag der Fraktion "Die Bürger" vom 24.04.2015

Herr Stobbe schlägt vor, die beiden Tagesordnungspunkte zur Mountainbikestrecke zu vertagen, da die Verwaltung von der Forstbehörde Fristverlängerung bis 29.09.2015 erhalten habe.

Herr Lenz hält die Vertagung für akzeptabel, vermisst jedoch eine Aussage darüber, wie sich die potentiellen Nutzer der Strecke positionieren. Wenn die Politik eine Entscheidung treffen soll, wäre es sinnvoll auch die Nutzer der Strecke zu beteiligen.

Herr Stobbe teilt mit, dass sich diese nicht wieder mit der Verwaltung in Verbindung gesetzt haben.

Herr Philipp gibt eine kurze Einschätzung des Zustandes der Strecke aus einer Besichtigung vom 19.08.2015 und befürwortet, dass es sinnvoll sei, wenn sich alle hiervon ein Bild machen würden.

Nach Erörterung verständigen sich die Ratsmitglieder darauf, die Angelegenheit zur endgültigen Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung zu verschieben.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

11.2 Mountainbikestrecke / Pumptrack in Schwelm 121/2015
Linderhausen
Antrag der Fraktion "Die Grünen" vom 21.05.2015

Siehe Ausführungen zu TOP A 11.1!

12 Neufassung der Gestaltungssatzung für den 264/2014/5
Altstadtbereich
1. Abwägung und Beschlussfassung über die
Anregungen aus dem Bürgergespräch
2. Beschluss zur erneuten Beteiligung der Bürger

Herr Feldmann erklärt, dass es für die Fraktion DIE LINKE. keinen nachvollziehbaren Grund gebe, warum die Gestaltungssatzung nicht die Ausdehnung der alten Satzung haben könne. Er beantrage daher, dass der alte Geltungsbereich beibehalten werde.

Herr Philipp merkt hierzu an, dass in der Sitzung des AUS, in der der aktuelle Vorschlag als Kompromisslösung erarbeitet worden sei, sehr ausgiebig hierüber gesprochen worden sei.

Herr Stobbe fordert zur Abstimmung über den Antrag des Herrn Feldmann auf:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	2
	dagegen:	31
	Enthaltungen:	

Anschließend bittet Herr Stobbe um Abstimmung über den Beschlussvorschlag aus VL 264/2014/5.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwelm stimmt der beabsichtigten Änderung des Gesellschaftervertrages bezüglich der Anpassung an die gemeinderechtlichen Anforderungen der rku.it GmbH zu.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

15 Trägerwechsel KiTas/OGS

160/2015/1

Der Bürgermeister berichtet, dass in einer Versammlung am Dienstag alle betroffenen Mitarbeiter/innen über die Entscheidung informiert worden seien.

Für Herrn Gießwein stellt sich die Frage, warum dies so lange gedauert habe, bis Eltern und Mitarbeiter/innen die Information erhalten haben. Er persönlich habe viele Anrufe hierzu erhalten und sei mehrfach angesprochen worden.

Beschluss:

Die derzeit in städtischer Trägerschaft befindlichen KiTa- und OGS-Einrichtungen sollen auch weiterhin von der Stadt Schwelm betrieben werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	21
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	9

16 Genehmigung der Fortschreibung 2015 des Haushaltssanierungsplans

171/2015

Herr Schwunk berichtet von seinem Besuch am Montag bei der Bezirksregierung Arnsberg und dass diese überrascht schienen. Er erkundigt sich, ob die Aufsicht über das bestehende Haushaltsdefizit informiert worden und wie hoch dies genau sei.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass die Bezirksregierung taggleich mit der Politik den Controlling-Bericht erhalten habe. Er selbst sei gestern in Arnsberg gewesen und ihm gegenüber habe man keine Irritation zum Ausdruck gebracht.

Kenntnisnahme festgestellt

17 Elektronische Fassung Haushalt 2015 - ergänzende Unterlagen -

142/2015

Kenntnisnahme festgestellt

Herr Schweinsberg verweist auf die von ihm gemäß § 24 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) erteilte haushaltswirtschaftliche Sperre. Es handle sich hierbei um eine Kannvorschrift, die den Kämmerer in die Lage versetze, tätig zu werden. Die Einrichtung der Sperre sei von ihm ausgesprochen worden, da er keine andere Alternative gesehen habe. Da der Rat unverzüglich hierüber in Kenntnis zu setzen sei, gebe er dies bekannt.

Der Rat werde hierdurch nicht in seinen Rechten eingeschränkt, da er diese jederzeit wieder aufheben könne.

Nach bisheriger Planung würde die Sperre am kommenden Dienstag in Kraft treten. Die Mitarbeiter seien informiert worden.

Im Anschluss zählt der Kämmerer im Überblick die angestrebten Konsolidierungsmaßnahmen auf. Mehrerträge, die generiert werden könnten, seien ausschließlich zur Verringerung des Fehlbetrages einzusetzen. Der letzte Controlling-Bericht weise ein Defizit von 2.2 Mio. € aus. Ob die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Erfolg führen, müsse fortlaufend beobachtet werden.

Die Umsetzung der dargestellten Maßnahmen bringe an einigen Stellen Einschränkungen mit sich. Einige Dienststellen werden bei Abbau der Überstunden nicht mehr in gewohnter Weise erreichbar sein.

Herr Flüshöh stellt fest, dass im Gegensatz zur ursprünglich vom Kämmerer gemachten Aussage, Maßnahmen von Politik und Verwaltung gemeinsam zu überlegen, Politik diese heute lediglich zur Kenntnis erhalte und nur noch die Möglichkeit habe, zu überlegen, wie sie damit umgehe. Des Weiteren habe er um Auskunft gebeten, inwieweit Einigkeit zwischen Bürgermeister und Kämmerer bestehe.

Herr Stobbe bestätigt, dass er natürlich hinter den benannten Maßnahmen stehe und Herr Schweinsberg und er sich gemeinsam auf diese verständigt haben. Die Frage werde sein, ob sich die Maßnahmen unter Berücksichtigung der aktuell bestehenden Vereinbarungen auch so realisieren lassen. Hierzu wurden bereits intensive Gespräche mit dem Personalrat geführt.

Hinsichtlich der Höhe des Defizites reiche es nach Auffassung des Herrn Schwunk nicht aus, auf den Controlling-Bericht zu verweisen, sondern müsse auch mitgeteilt werden, dass Personalkosten nicht verbucht worden seien. Er möchte wissen, ob die Bezirksregierung auch darüber informiert worden sei.

Herr Schweinsberg erwidert, dass er sowohl auf den Controlling-Bericht 30.06.2015 hingewiesen habe, als auch auf den zum 31.07.2015. Gleichzeitig sei dargelegt worden, woher die weitere Verschlechterung herrühre.

Herr Stobbe fügt ergänzend hinzu, dass ab sofort jede Maßnahme von dem Verwaltungsvorstand überprüft werde.

Herr Lenz hält es für sinnvoll, der Öffentlichkeit gegenüber darzustellen, dass die beabsichtigten Maßnahmen an der einen oder anderen Stelle spürbar werden, damit diese die Einschnitte nicht für unangemessen oder ungerecht empfinden. Ergänzt werden könnte, dass auch die Mitarbeiter der Verwaltung Einschnitte spüren werden, da es gleichzeitig Auswirkungen auf den Dienstbetrieb haben werde. Auch ein Dank an Mitarbeiter/innen und Bürgerschaft für die Unterstützung, den schweren Weg gemeinsam möglich zu machen, sollte ausgesprochen werden.

Herr Stobbe bestätigt die Wichtigkeit der Wertschätzung, die er bereits in der Informationsveranstaltung zum Ausdruck gebracht habe.

Für Herrn Schwunk reicht dies nicht aus. Seiner Auffassung nach müssen ebenfalls die externen Institutionen unterrichtet werden, die keine Gelder mehr erhalten. Gleichzeitig sei die Politik eng einzubinden und die Bezirksregierung zu informieren.

Herr Schweinsberg entgegnet, dass weder Personalkosten noch vertragliche Verpflichtungen mit der 30 %igen Sperre überzogen worden seien und sich insofern für ihn die Frage stelle, wer nicht mehr bedient werde.

Herr Gießwein bedauert, dass letztendlich doch nur feststehende Maßnahmen benannt und nicht wie in der Vergangenheit der Politik mehrere zur Auswahl vorgestellt worden seien. Aus diesem Grund sei die Entscheidung für ihn eindeutig ausschließlich Sache der Verwaltung, für die der Bürgermeister und Kämmerer die Verantwortung zu tragen haben.

Herr Flühöh macht am Beispiel „Einsparung von Energie“ deutlich, dass seiner Auffassung nach ebenfalls wichtig sei, transparent mit allen Bürger/innen zu kommunizieren, was z.B. die Folgen der Einsparungen sein könnten.

Herr Stobbe dankt Herrn Flühöh für diesen Hinweis und teilt diese Meinung, weist aber darauf hin, dass der größte Teil der Maßnahmen wohl im eigenen Hause stattfinden werde.

**19 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln 190/2015
im Produkt 12.01.01 „Gemeindestraßen, -wege, -
plätze“ in Höhe von 75.000 € für den Neubau der
Treppenanlage zwischen Theodor-Heuss-Str. und
Oberloh**

Herr Guthier erläutert die Sachlage. Im Vorfeld wurde eine Alternativlösung in Form eines Weges, der über ein Privatgrundstück verlaufe, erörtert. Fraglich ist, ob mit dem Eigentümer eine Einigung erzielt werden könne. Außerdem müsse die Wirtschaftlichkeit der Alternativlösung überprüft werden. Daher könne es heute quasi nur um eine Grundsatzentscheidung gehen.

Herr Flühöh erklärt, dass er sich mit Grundsatzbeschlüssen schwer tue und er die Angelegenheit in der Fraktion diskutieren müsse. Er schlägt vor, die Entscheidung in den AUS zu vertagen.

Auf Nachfrage des Herrn Feldmann, bestätigt Herr Guthier, dass der Weg aufgrund der Verkehrssicherungspflicht dann gesperrt werden müsse.

Für Herrn Weidenfeld kommt angesichts der geführten Diskussion um die haushaltswirtschaftlichen Sperren keine andere Lösung in Frage, als den Weg zu sperren. Er gehe davon aus, dass Anlieger nicht betroffen seien und ihre Häuser weiterhin erreichen können.

Herr Schweinsberg weist darauf hin, dass es sich bei den benötigten 75.000 € um investive Mittel handle, die von der haushaltswirtschaftlichen Sperre nicht erfasst werden.

Herr Feldmann erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. Probleme damit haben, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. Sie möchte, dass die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt behandelt werden und somit an betroffener Stelle die Maßnahme erfolge. Daher erkläre sie sich mit dem Vorschlag des Herrn Guthier einverstanden.

Herr Kampschulte bringt zum Ausdruck, dass er eine andere Auffassung vertrete. Die dafür vorgesehene Rückstellung der Maßnahme in der Graslake betreffe eine Schnittstelle, die für den gewerblichen Bereich von großer Bedeutung sei. Er beantrage daher die Vertagung mit abschließender Beschlussfassung in den AUS.

Herr Stobbe bittet um Abstimmung über den Vertragsantrag.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	31
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

20 Einbringung der Haushaltssatzung sowie des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016

169/2015

Bürgermeister Stobbe gibt bekannt, dass er den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2016 entgegen bisheriger Vereinbarung heute nicht einbringen werde, da er die vorgelegten vorläufigen Zahlen des Entwurfes und dessen Konsequenzen nicht bestätigen könne. Dies habe er dem Kämmerer mit entsprechender Begründung schriftlich mitgeteilt, verbunden mit der Aufforderung, die benannten Positionen zu prüfen und neu zu berechnen. Der von ihm damit gewählte Weg biete die Möglichkeit einer angemessenen Bearbeitung.

Der Haushaltsplanentwurf übersteige deutlich die im Haushaltssicherungsplan beschriebenen Ansätze, sodass die zunächst für 2016 geplanten Hebesatzpunkte von 850 vom Hundert auf 1.350 vom Hundert angepasst werden müssten. Mit dieser Steigerung stehe innerhalb weniger Monate eine Mehrbelastung im Raum, die er nicht verantworten könne. Hier sei es Aufgabe der Verwaltung, neue Grundlagen zu schaffen. Es könne nicht Aufgabe der Politik sein, die Grundlagen der Verwaltung nachzurechnen. Daher schlage er für die Einbringung des Haushaltsplanentwurfes eine zusätzliche Ratssitzung am 24.09.2015 an Stelle der geplanten Finanzausschusssitzung vor. In einer internen Klausur können bis dahin die entsprechenden Positionen überprüft werden. Hierbei gebe es einige „big points“, die

es in Ruhe und mit Sachlichkeit zu durchdenken gelte, sodass in heutiger Sitzung keine Details zu erörtern seien.

Herr Flühshöh erklärt, dass der Bürgermeister selbst den Sitzungsplan im letzten Jahr so aufgestellt habe und er nun wenig Verständnis dafür aufbringe, dass er Positionen anführe, die er innerhalb der Verwaltung erörtern wolle. Er gehe davon aus, dass der Entwurf fertiggestellt und gedruckt sei und heute hätte vorgelegt werden können. Auf Nachfrage des Herrn Flühshöh wird der zeitliche Ablauf dargestellt, wann der Bürgermeister dem Kämmerer gegenüber seine Fragen eröffnet hat.

Herr Flühshöh kritisiert, dass der Bürgermeister erst kurz vor der Sitzung die Information gebe, den Entwurf, den die Verwaltung seit Monaten erarbeitet habe, nicht einbringen zu können und bittet ihn inständig, dies doch zu tun.

Herr Stobbe erwidert, dass er sehr wohl um die Brisanz der Situation wisse. Jedoch habe er im Entwurf Positionen gesichtet, die so, wie sie dort dargestellt werden, nicht richtig sein können und die nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Höhe der Hebesatzpunkte haben, die ggf. nach Überprüfung reduziert werden können.

Herr Gießwein bringt sein Entsetzen zum Ausdruck, eine halbe Stunde vor der Sitzung über die Absichten informiert worden zu sein. Er zitiert einen Satz aus der Genehmigungsverfügung zum Haushalt von 2015, dass wenn der Haushalt nicht bis zum 30.11. vorgelegt werde, Schwelm seine Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltungsmöglichkeit verliere. Er fragt, wie sich der Bürgermeister den weiteren Zeitplan vorstelle. Er habe ausreichend Zeit gehabt, sich vorher mit den vom Kämmerer vorgelegten Zahlen zu befassen und hätte sofort etwas unternehmen sollen und seine Erkenntnisse einbringen können. Schon im letzten Haushalt sei es lediglich durch die Vorschläge des Rates möglich geworden, die Belastung für die Bürgerschaft so gering wie möglich zu halten. Er fordere den Bürgermeister auf, im Sinne für die Stadt Schwelm den Entwurf wie geplant einzubringen. Nur so könnten die drohenden hohen Hebesätze bis November in gemeinsamer Arbeit verhindert werden. Wenn der Bürgermeister Potential oder „big points“ sehe, solle er diese/s zur Diskussion stellen.

Herr Kick erklärt, dass die SPD Interesse an belastbaren und realistischen Ansätzen für die weitere Planung habe. Wenn der Bürgermeister bei seiner Prüfung feststellen musste, dass dies nicht gegeben sei, werde von Seiten der SPD nur begrüßt, dass er den Haushaltsplanentwurf nicht einbringe und den Mitarbeitern nochmals Gelegenheit gebe, die Zahlen zu überprüfen.

Herr Lenz bestätigt, dass Hebesatzpunkte in Höhe von 1.355 vom Hundert eine Zumutung für den Rat und die Schwelmer Bürger/innen gewesen wäre. Auch ist seiner Meinung nach richtig, dass belastbare Zahlen benötigt werden. Dies alles sei jedoch nicht für eine Fragestellung in einer Sitzung geeignet, in der ein Haushalt eingebracht werden sollte. Seiner Auffassung nach könne der Ausgang einer internen Abstimmung zwischen Bürgermeister und Kämmerer nicht dazu führen, dass Probleme nicht gelöst werden oder es gar zur Nichteinbringung des Haushaltsplanentwurfes in der Sitzung komme. Er gibt auch zu bedenken, welche Öffentlichkeitswirkung von dem Verhalten ausgehe. Dass die Politik gemeinsam an der Konsolidierung arbeiten könne sei dadurch konterkariert worden, dass kein Weg gefunden worden sei, sich zu einigen. Er erwarte, dass die weitere Planung erlaube, den Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes zeitlich genüge tun zu können. Dies sei mit einer Sondersitzung am 24.09. nicht erfüllt.

22 Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 5.03.2015 - "Das städtische Museum und das Stadtarchiv führen im Jahr 2015 Ausstellungen sowie Veröffentlichungen zum Kriegsende in Schwelm und die sogenannte Stunde null durch" 115/2015

Herr Feldmann erläutert nochmals die Beweggründe für die Antragstellung und kündigt an, einen neuen Antrag einbringen zu wollen. Bei diesem gehe es um die Strukturierung des Museums und des Archivs, zu dem eine inhaltliche Diskussion geführt werden sollte.

Den mit VL 115/2015 eingebrachten Antrag vom 05.03.2015 möchte er zurückziehen.

Abstimmung über die Absetzung des Tagesordnungspunktes:

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	x
----------------------	-------------	---

23 Fragen / Mitteilungen des Rates an die Verwaltung

Herr Philipp berichtet von der von Gevelsberg, Schwelm und Ennepetal gegründeten Willkommensinitiative und dankt dem Fachbereich 4 für die schnelle und unbürokratische Hilfe, Raum zu verschaffen, in dem die gespendeten Sachen geordnet werden können.

Herr Bosselmann hat festgestellt, dass viele Markierungen von Behindertenparkplätzen nicht mehr vorhanden seien und regt an, dahingehend etwas zu unternehmen.

Herr Stobbe sagt zu, die Anregung aufzugreifen.

Herr Flühöh teilt mit, dass der Leiter der Villa Extradry ihm gegenüber den Wunsch geäußert habe, dass sich der Bürgermeister bitte mit ihm in Verbindung setzen möge.

Herr Stobbe erklärt, dass es bereits Gespräche gegeben habe, er dies aber trotzdem tun werde.

Herr Weidenfeld erkundigt sich beim Bürgermeister, ob sich die Verwaltung angesichts des Überstundenabbaus in der Lage sehe, den eingegangenen Bauantrag zu Neumarkt 1 zeitnah bearbeiten zu können. Gleiches gilt für die Kostenaufstellung zu den drei Varianten des Rathausneubaus.

Herr Guthier sichert zu, dass die Erledigung genannter Aufgaben gewährleistet werden könne.

Es werden die mit dem Bauantrag mitgelieferten Ansichten vorgeführt.

Frau Lubitz schildert ein Problem zu den am Busbahnhof angebrachten taktilen Streifen für sehbehinderte Menschen und erkundigt sich, ob diese seinerzeit abgestimmt worden seien.

Herr Schweinsberg erläutert, dass es zu dem Zeitpunkt noch keinen Behindertenbeirat gegeben und er sich daher mit Gevelsberg in Verbindung gesetzt habe, die die Anbringung der Markierungen geprüft habe. Ebenfalls sei zu einem späteren Zeitpunkt eine Überprüfung durch Frau Strasser, Mitglied des Behindertenbeirates, erfolgt, nach deren Aussage die Markierungen so in Ordnung seien.

Herr Stobbe ergänzt zum Bahnhofsgebäude als solches, dass zeitnah von einem Beginn der Bauarbeiten ausgegangen werden könne. Das Verfahren werde von Seiten der Stadt begleitet, die sich mit der Bahn ins Vernehmen setzen müsse.

Herr Weidenfeld kommt zurück auf die vorgestellten Ansichten zum Brauereigelände. Nach den dort abgebildeten Bäumen scheine die geplante Ladezone zu entfallen.

Herr Guthier gibt zu bedenken, dass der Architekt lediglich versucht habe, die Ansichten „mit Leben zu füllen“. Die Bauantragsunterlagen selbst konnten wegen der Kürze der Zeit noch nicht gesichtet werden.

Zum Bahnhofsgebäude erkundigt sich Herr Weidenfeld, ob es richtig sei, dass die Bauordnung Arbeiten ausführe, die ansonsten die Bahn ausgeführt hätte und es dafür keinen Kostenersatz gebe. Dies verneint Herr Stobbe.

Herr Guthier ergänzt, dass die Bahn das Hoheitsrecht habe und es dahingehend eine Auseinandersetzung gegeben habe, ob sich das Hoheitsrecht auch auf Wohn- oder Gewerbegebiete beziehe. Es werde ein Nutzungsänderungsverfahren (Genehmigungsverfahren mit Gebührenpflicht) geben.

Sitzungsunterbrechung von 20:11 Uhr – 20:15 Uhr

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 19 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Unterschrift zur Sitzungsniederschrift, ausgenommen zu TOP A 7:

Schwelm, den 15.09.2015	Schritfführerin gez. Söhner	Der Bürgermeister gez. Stobbe
-------------------------	-----------------------------------	-------------------------------------

Unterschrift zur Sitzungsniederschrift zu TOP A 7:

Schwelm, den 15.09.2015	Schritfführerin gez. Söhner	1. stv. Bürgermeisterin gez. Sartor
-------------------------	-----------------------------------	---